

MARKTGEMEINDEAMT SCHRUNS

Verhandlungsschrift

über die am Mittwoch, den 14.01.1987 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 20. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bürgermeister Harald WEKERLE als Vorsitzender, Gemeinderat Dipl.Vw. Otmar TSCHANN sowie die Gemeindevertreter, bzw. Ersatzleute Peter VONBANK, Ing. Rudolf HAUMER, Dr. Hermann SANDER, Hans NEYER, Dipl.Ing.Dr. Ernst PÜRER, Jakob GANAHL, Ing. Kurt PRAUTSCH, Fritz NETZER und Wilhelm GANTNER, Trudi DÜNSER und Dr. Hansjörg CZINGLAR für die ÖVP; Mag.Dr. Siegfried MARENT, Mag. Manfred HANISCH und Franz NETZER für die SPÖ und Parteifreie; DDr. Heiner BERTLE, Mag. Siegfried NEYER, Dr. Edgar DÜNGLER, Siegfried GRASS und Ernst FITSCH für die FPÖ und Parteifreie Bürger; Referent: Gemeindegassier Karl FENKART; Schriftführer: Meldeamtsleiter Manfred WEIHS.

Entschuldigt abwesend: Vizebürgermeister Gerhard REBHOLZ, die Gemeinderäte Gerhard WILLE, Ing. Werner NETZER und Ludwig KIEBER sowie die Gemeindevertreter Werner BITSCHNAU, Rudolf LISCHKA jun., und Manfred KONZETT.

Die Zustellung der Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte gemäß den Bestimmungen des GG. zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mandatäre und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Vor Eingang in die Tagesordnung stellt GV Mag.Dr. Siegfried MARENT fest, daß die Verhandlungsschrift über die vorausgegangene 19. Gemeindevertretungssitzung erst heute zugestellt wurde und er sich daher eventuelle Einwände bis zur nächsten Sitzung vorbehält. Weiters schlägt er vor, die Tagesordnungspunkte 2 und 3, welche seiner Ansicht nach einen Teil des Voranschlages darstellen, bei der Beratung vorzuziehen.

Demgegenüber vertritt der Vorsitzende den Standpunkt, daß die Debatte über die Tagesordnungspunkte 1 - 3 in einem erfolgen und die Gemeindevertretung anschließend über jeden einzelnen Punkt abstimmen soll.

Erledigte Tagesordnung:

- 1) **Voranschlag 1987 der Marktgemeinde Schruns**, [Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses];

- 2) **Gemeindeeigene Gebühren und Steuern 1987**, Festlegung, [Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses];
- 3) **Aufnahme von Darlehen**;
- 4) **Musikschule Schruns**, Anmietung des Wohnhauses, Schruns, Grütweg 11, inklusive Garagen, von der Raiffeisenbank Montafon in Schruns zwecks Unterbringung, [Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses];
- 5) **Glas- und Papiercontainer**, zusätzliche Standorte (Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie);
- 6) **Mechanische Straßenreinigung von Gemeindestraßen**; (Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie);
- 7) **Postverkabelung im Gemeindegebiet Schruns**, (Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie);

in vertraulicher Beratung:

- 8) **Gemeindekrankenhaus "St. Josefsheim"**, Neubestellung des ärztlichen Leiters lt. Antrag der Belegärzte;
- 9) **Berichte des Bürgermeisters und "Allfälliges"**.

zu 1)

Der Vorsitzende berichtet, daß der heute vorliegende, vom Gemeindevorstand beschlossene Voranschlagsentwurf 1987, welcher entsprechend den einschlägigen Richtlinien sowie nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit erstellt wurde, nachweislich allen Gemeindevertretern, gemeinsam mit der Einladung zur gegenständlichen Sitzung, rechtzeitig zugegangen ist. Er verweist auf die Behandlung in den Unterausschüssen sowie auf die Beratungen im Gemeindevorstand und Finanzausschuß, wo die einzelnen Wünsche und Positionen im Detail durchgegangen wurden. Er dankt bei dieser Gelegenheit dem Gemeindegassier und den Mitgliedern des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses für die Erarbeitung des Voranschlagsentwurfes.

Die im Budget frei verfügbaren Mittel sind mit rund 11 Mio S gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben. Da die Einnahmen nicht in jenem Maße steigen wie die Ausgaben, wird man der Kostenentwicklung künftighin mehr Aufmerksamkeit schenken müssen, um den Finanzspielraum auch für die Zukunft zu sichern und die im Voranschlag nicht enthaltenen Vorhaben, wie Polytechnischer Lehrgang und Schulturnhalle, Sportplatz, Gemeindehaus, Ortszentrum-Neugestaltung zusätzlich finanzieren zu können. Die Einnahmen wurden mit 2 Mio Schilling unter dem Vorjahrsergebnis, vorsichtig angesetzt. Die Liquidität ist angespannt, weil einige Grundverkäufe nicht realisiert wurden. Es sind deshalb beachtliche Darlehensaufnahmen notwendig. Die Nettoneuverschuldung 1987 beträgt rund 6 Mio S. Auf Grund der Beachtung des Kostendeckungsprinzips er-

geben sich bei einigen gemeindeeigenen Steuern, Gebühren und Abgaben Erhöhungen. Bei den Ausgaben fallen neben den überdurchschnittlichen Investitionen und Neuanschaffungen von rund 20 Mio Schilling der Personalaufwand mit 30% und der Sachaufwand mit 25% am meisten ins Gewicht. Einsparungen im Personalstand sind bei den steigenden Anforderungen an die Gemeinde als Dienstleistungsbetrieb (Krankenhaus, Musikschule, etc.) nur sehr schwer möglich.

GV Mag. Manfred HANISCH bewertet die Erstellung der Finanzvorschau als sehr positiv, doch sollte diese bereits vor dem Budgetentwurf vorliegen und durch eine Zusammenfassung der einzelnen Jahressummen, einen schnelleren Überblick über die Gesamtbelastungen bieten. Auch wäre die Angabe des Zeitpunktes der Verfügbarkeit geplanter Objekte sowie der Zeitpunkt des Auslaufens von Investitionen von Vorteil.

Er kritisiert den Zeitablauf der Budgeterstellung und die, zwar gesetzlich vorgesehenen, seiner Ansicht nach, jedoch zu kurzen Einladungsfristen. Weiters regt er an, den Finanzausschuß aktiver in die Budgeterstellung einzubinden.

Er stellt den Antrag, im Budget folgende Punkte zu berücksichtigen:

- 1) Fußballplatz,
- 2) sozialer Wohnbau,
- 3) Mehrzweckhalle,
- 4) Straßenbeleuchtungskonzept,
- 5) Fahrzeug für den Bauhof,
- 6) Planungskosten für Verkehrskonzept und Tiefgarage.

Die Kosten dafür, welche sich auf rund 10 Mio Schilling belaufen, sind durch Kreditaufnahmen zu decken.

Weiters spricht er sich gegen eine Erhöhung der gemeindeeigenen Gebühren, Steuern und Abgaben und für eine Kürzung der Bürgermeisterentschädigung aus.

Der Vorsitzende bezeichnet die erstellte Finanzvorschau als Richtlinie. Die Erstellung des Budgets erfolgte in der bisher üblichen und im Gesetz vorgesehenen Weise, wonach die Wünsche der Fraktionen in den Ausschüssen oder im Gemeindevorstand einzubringen sind und die Grundlage für den Rohentwurf bilden und für die finanzielle Bedeckung Sorge getragen werden muß. Die Fraktion SPÖ und Parteifreie wurde zur aktiven Mitarbeit eingeladen, hat aber bedauerlicher Weise davon keinen Gebrauch gemacht. Zu den Vorwürfen bezüglich der Bürgermeisterentlohnung verweist er auf eine bereits 1975 getroffene Regelung.

EM Ernst FITSCH spricht dem Gemeindegassier Karl Fenkart und dessen Mitarbeitern seine Anerkennung für die Erarbeitung des Voranschlags aus. Er verweist auf den Schuldenzuwachs und die Erhöhung beim Personalaufwand und spricht sich für Einsparungen in diesem Bereich (Bauhof, Gärtnerei und Verkehrsamt) aus.

GR Dipl. Vw. Otmar TSCHANN erklärt, daß man im Gemeindevorstand bei der Erstellung des Voranschlagentwurfes gezwungen war, bei den

Sachaufwendungen Streichungen vorzunehmen und auch bei den Personalaufwendungen auf Sparsamkeit zu achten. Auf den Vorschlag von GV Mag. Manfred HANISCH bezüglich einer aktiveren Einbindung des Finanzausschusses bei der Budgeterstellung erwidert er, daß in einem kleinen Gremium, wie dem Gemeindevorstand, sachlicher diskutiert werden kann. Der Finanzausschuß kann trotzdem Änderungen beantragen.

GV Peter VONBANK teilt GV Mag. Manfred Hanisch mit, daß im Rahmen der gemeinsamen Sitzung des Sport-Schul-Raumordnungsausschusses über Anträge zum Budget beraten wurde.

GV DDR. Heiner BERTLE befürchtet durch die Aufnahme des Kredites zur Bedeckung des Haushaltes in Höhe von 7 Mio Schilling eine Erschwerung der Sanierung des Gemeindebudgets. Er kritisiert die - mit S 14.000,- ohne Kontokorrent - hohe Prokopfverschuldung und Verschieben der Lasten auf kommende Jahre, wodurch noch künftige Generationen belastet werden. Es müsse daher in Zukunft bei den Personal- und Sachaufwendungen mehr gespart werden.

Auch steht es mit der Budgetwahrheit nicht zum besten, weil die Einnahmen unterschätzt wurden, die Rückzahlung der VIW-Gelder an den Abwasserverband nicht zur Gänze berücksichtigt wurden, usw. Er schlägt daher vor, verschiedene Projekte (Schule, Sportplatz, etc.) erst in den Jahren 1988 und 1989 zu verwirklichen, diese jedoch in einer vorausschauenden Planung zu fixieren.

Weiters empfindet er die Personalbetreuung und -führung als größtes Manko. So haben sich "Königreiche" in der Gemeindeverwaltung gebildet. Er bezeichnet in diesem Zusammenhang den Fremdenverkehr als "goldenes Kalb". Hier werden Zulagen in nicht gerechtfertigter Höhe gewährt, Budgetüberschreitungen bei der Fremdenverkehrswerbung sind üblich und die im Zuge von Filmarbeiten auflaufenden Kosten stehen nachträglich zur Bezahlung an. Er ist dafür, daß vor weiteren Personaleinstellungen im Verkehrsamt zuerst die Struktur untersucht werden soll.

Er stellt den Antrag, alle Ausgaben, soweit diese nicht unbedingt notwendig sind, aus dem Budget herauszunehmen.

- * Verschiebung der Verbauungsmaßnahmen Kapell-Bargus um ein weiteres Jahr,
- * Verschiebung des Ausbaues der Wasserversorgung im Gamprätz um ein weiteres Jahr,
- * Verzicht auf Ausbau Lifinarweg,
- * Verzicht auf den Bau des Fußweges ins Silbertal,
- * Errichtung des Kinderspielplatz-WC zu einem späteren Zeitpunkt,
- * Verzicht auf Rücklagenbildung für das Tanklöschfahrzeug,
- * vorläufiger Verzicht auf den Vollausbau des Gehsteiges im Bereich Rätikonkreuzung-Auweg,
- * Verzicht auf Tobelwegsanierung,
- * Verzicht auf Straßensanierung, inkl. Unterdorfstraße,

Durch diese Maßnahmen könnten 3 Mio Schilling eingespart werden.

Auch bei den Personalkosten ist ein Schnitt notwendig. Er stellt daher den Antrag, daß in Zukunft die Gemeindevertretung über die Notwendigkeit der Neubesetzung von freiwerdenden (Austritt, Karenz, Pensionierung) Dienstposten zu entscheiden hat. Auf diese Weise soll in den kommenden 4 - 5 Jahren der Dienstpostenstand um rund 25 % verringert werden.

Er spricht sich für die beantragten Erhöhungen bei den gemeindeeigenen Gebühren, Steuern und Abgaben aus und stellt gleichzeitig den Antrag auf Einführung von Hand- und Zugdiensten für das Jahr 1987. Es soll dies ein Ansporn für die Bürger sein, gewisse Sachen in eigener Initiative zu erledigen, z.B. die Pflege der Wanderwege durch Fremdenverkehrs-Interessenten, usw.

Er findet die Art der Auseinandersetzung, wie sie zur Zeit in der Gemeindestube geführt wird, beschämend. Seines Wissens ist es in den vergangenen 25 Jahren noch nie vorgekommen, daß bei der letzten Sitzung im Jahr keine Weihnachts- und Neujahrswünsche ausgetauscht wurden. Er bedauert weiters die Überheblichkeit der öVP-Mehrheit und die Überheblichkeit der frustrierten Fraktion SPÖ und Parteifreie, der es seiner Ansicht nur darum geht, die Mehrheit zu ärgern. Er appelliert abschließend an die beiden anderen Fraktionen, sich darüber bewußt zu sein, daß ein solches Verhalten dem Ansehen der Demokratie und der Gemeinde nur schade.

Demgegenüber betont der Bürgermeister, daß die Beträge an den Abwasserverband, inklusive 1986, vom VIW-Geld abgebucht werden und der voraussichtliche Betriebskostenanteil für 1987 im Voranschlag enthalten ist. Bei der zusätzlichen Neuverschuldung muß man auch beachten, daß diese Gelder für langfristige Investitionen für die kommenden Generationen eingesetzt werden. Im übrigen wurden die Vorhaben, deren Realisierung die Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger nun auf später verschieben oder gänzlich aussetzen will, in den Unterausschüssen beraten und beschlossen, weshalb er über diesen Antrag verwundert ist. Gewiß ist die Notwendigkeit der Einsparung richtig, doch handelt es sich hier um ein Rahmenbudget und letztlich liegt die Entscheidung über die zu tätigen Ausgaben bei der Gemeindevertretung. Was die beantragte Personaleinsparung betrifft, hält er eine Reduzierung des Personalstandes in den kommenden 4 - 5 Jahren um 25 % für illusorisch und verweist auf den beschlossenen Dienstpostenplan für 1987. Den Vorwurf der Überheblichkeit weist er entschieden zurück und betont, daß seine Fraktion jederzeit um eine sachliche Diskussion bemüht ist.

Die Anträge der Fraktion SPÖ und Parteifreie werden von GV Ing. Rudolf HAUMER abgelehnt, weil diese eine Mehrbelastung des Budget von 10 Mio Schilling bedeuten. Im übrigen hält er die Bildung einer Rücklage für eine Mehrzweckhalle für nicht sinnvoll. Die Anschaffung eines eigenen Kraftfahrzeuges für den Bauhof ist teurer, als die derzeitige Lösung. Zu den von GV DDr. Heiner BERTLE namens der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger eingebrachten Anträgen bemerkt er unter anderem, daß auch er für Einsparungen ist, gewisse Ausgaben jedoch getätigt werden müssen; wenn nicht in diesem Jahr, so dann im nächsten, weshalb sie im Budget verbleiben sollen. Bezüglich der beantragten Personaleinsparungen verweist er an Hand des Altersheimes und des Krankenhauses auf die Unmöglichkeit der Durchführung einer solchen Maßnahme.

Auf die Anfrage von EM Ernst FITSCH, bei welchem Institut der Kredit für die Bedeckung des Haushaltes aufgenommen wird, antwortet der Bürgermeister, daß von allen am Ort ansässigen Kreditinstituten Angebote eingeholt wurden.

GV Mag.Dr. Siegfried MARENT gibt zu, daß die mit rund 10 Mio Schilling bezifferten Kosten für den von seiner Fraktion eingebrachten Antrag auf Ergänzung des Voranschlages im Augenblick zwar hoch erscheinen. Diese Schulden stören ihn jedoch nicht, da sie für notwendige Sachen gemacht werden. Es muß daher versucht werden, das benötigte Geld durch langfristige Planung hereinzubringen. Hauptpunkt seiner Kritik ist die Erhöhung einiger gemeindeeigener Gebühren, Steuern und Abgaben. Beim Vergleich zwischen den beantragten Erhöhungen und der allgemeinen Preissteigerung, klaffen gewaltige Unterschiede. Aus diesem Grunde ist er dafür, die Erhöhungen dem Index anzupassen oder gänzlich auszusetzen. Die von der Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger angeregte Eigeninitiative hält er für paradox. Eine Ausgliederung des Verkehrsamtes kann er sich nur schwer vorstellen. Abschließend spricht er sich gegen die Einbeziehung der Privatzimmervermieter in die FVB-Punkte-Verumlagerung aus, weil diese, im Vergleich zu den Gewerbebetrieben, für weniger komfortable Unterkünfte, gleich viel Gästetaxe zahlen müssen und er dies ungerechtfertigt halte.

Auf die Ausführungen seines Vorredners bezüglich des Ausmaßes der Erhöhung der gemeindeeigenen Gebühren, Steuern und Abgaben erwidert GR Dipl.Vw. Otmar TSCHANN, daß bei der Berechnung der jährlichen Steigerungsrate vom Zeitpunkt der letzten Gebührenerhöhung auszugehen ist.

EM Dr. Hansjörg CZINGLAR verläßt um 23.24 Uhr die Sitzung.

Auch EM Trudi DÜNSER und EM Siegfried GRASS sprechen sich gegen eine weitere Belastung der Privatzimmervermieter durch die Einbeziehung in die FVB-Punkteverumlagerung aus.

Der Bürgermeister verweist darauf, daß die in Privatzimmern logierenden Gäste die kommunalen Einrichtungen wesentlich mehr beanspruchen als jene der Gewerbebetriebe, die andererseits höhere Kosten für die Eigenwerbung aufzubringen haben. Im übrigen ist ein Trend von den Privatzimmern zur Ferienwohnung festzustellen.

Weitere Anfragen werden vom Bürgermeister und vom Gdekassier ausreichend beantwortet.

Der Antrag der Fraktion SPÖ und Parteilfreie auf Schaffung diverser zusätzlicher Einrichtungen, welche eine Ausweitung des Budgetrahmens um 10 Mio Schilling erforderlich machen würden und welche durch Kreditaufnahmen finanziert werden sollen, wird stimmenmehrheitlich (17 Gegenstimmen: ÖVP sowie FPÖ und parteilfreie Bürger) abgelehnt.

Über die Anträge der Fraktion FPÖ und parteilfreie Bürger wird wie folgt entschieden:

- Einsparungen bei den Sachaufwänden in Höhe von 3 Mio Schilling durch Erstreckung, bzw. Verzicht auf Anschaffung und Durchfüh-

rung von diversen Arbeiten werden stimmenmehrheitlich (13 Gegenstimmen: ÖVP und EM Ernst FITSCH) abgelehnt.

- Die Betrauung der Gemeindevertretung mit der Entscheidung über die Notwendigkeit der Neubesetzung von - durch Ausscheiden, Pensionierung oder Karenzurlaub - freigewordenen Dienstposten, entsprechend dem beschlossenen Dienstpostenplan 1987, wird stimmenmehrheitlich (2 Gegenstimmen: GR Dipl.Vw. Otmar TSCHANN und GV Peter VONBANK) angenommen.
- Die Einführung von Hand- und Zugdiensten für das Jahr 1987 wird stimmenmehrheitlich (17 Gegenstimmen: ÖVP, SPÖ und Parteifreie sowie Dr. Edgar DÜNGLER und Siegfried GRASS) abgelehnt.

Abschließend wird über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses der Voranschlag der Marktgemeinde Schruns für das Jahr 1987 mit

Gesamteinnahmen von	S 94.955.000,-
Gesamtausgaben von	S 95.523.000,-
dem Gebarungsabgang des Vorjahres von	S 2.403.000,-
und einem Gebarungsabgang von	S 2.971.000,-

stimmenmehrheitlich (7 Gegenstimmen: Fraktion SPÖ und Parteifreie sowie FPÖ und parteifreie Bürger, ausgenommen EM Ernst FITSCH) angenommen.

zu 2)

über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses werden die Steuern, Gebühren und Abgaben für das Jahr 1987 stimmenmehrheitlich (5 Gegenstimmen: Fraktion SPÖ und Parteifreie sowie die EM Trudi DÜNSER und Siegfried GRASS) genehmigt.

Gegenüber dem Vorjahr ergeben sich folgende Erhöhungen:

- a) Die Erhöhung der Anzahl der Beitragspunkte für die Verumlagerung des Fremdenverkehrsbeitrages auf 116.000, bei gleichzeitiger Anhebung des Beitragssatzes pro Punkt von S 18,- auf S 19,-.
- b) Die Einbeziehung der Privatzimmervermieter in die Verumlagerung des Fremdenverkehrsbeitrages, wobei für Zimmer ohne Dusche/Bad 3 Punkte und für Zimmer mit Dusche/Bad 4 Punkte, jeweils pro Bett, zur Vorschreibung gelangen.
- c) Die Anhebung der Wassergebühren um S -,50 pro Kubikmeter.
- d) Die Erhöhung der pauschalen Wassergebühren sowie der Wassermessermiete um generell 10 %.
- e) Die Kanalanschlußgebühr (Beitragssatz) ist jedes Jahr nach dem Baukostenindex C, ohne U-Bahnbau und ohne Mehrwertsteuer, hochzurechnen. Sie wird entsprechend der für Dezember 1986 verlautbarten Indexzahl für das Jahr 1987 festgelegt. Bei Vorschreibung des Nachtragsbeitrages ist für die Berechnung der Gutschriften der gleiche Index heranzuziehen. Gleichzeitig wird klargestellt, daß alle Objekte, die 1966 oder früher an den

Ortskanal angeschlossen waren, die beschlossenen S 3,75 pro m² umbauten Raum, entsprechend dem vorerwähnten Baukostenindex - auf Basis 1966 - gutgeschrieben erhalten.

- f) Die Kosten für das Grabmachen werden um 5 % erhöht.
- g) Die Altersheimgebühren - Verpflegskosten, einschließlich Unterkunft - werden von S 283,- auf S 292,- pro Tag festgesetzt.
- h) Der Elternbeitrag für den Kindergarten Gamprätz wird ab 01.09.1987 pro Kind und Monat von S 100,- auf S 110,- erhöht.
- i) Die Erhöhung des Elternbeitrages für die Musikschule pro Semester:
 - Elementarunterricht von S 500,- auf S 600,-
 - Vierergruppe von S 605,- auf S 800,-
 - Dreiergruppe von S 715,- auf S 800,-
 - Zweiergruppe von S 900,- auf S 1.150,-
 - Einzelunterricht von S 1.375,- auf S 1.550,-

wobei jedem weiteren Kind einer Familie, welches die Musikschule besucht, ein Abschlag von 25 % auf die oben angeführten Beiträge gewährt wird.

zu 3)

Nachstehende Darlehensaufnahmen werden stimmenmehrheitlich (7 Gegenstimmen: Fraktion SPÖ und Parteifreie sowie die Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger, ausgenommen EM Siegfried GRASS) beschlossen:

- a) Finanzdarlehen zur Haushaltsbedeckung S 7.000.000,-
- b) Wasserwirtschaftsfonds (Ortskanalisation BA V) .. S 3.000.000,-
- c) Wasserwirtschaftsfonds (Ortswasserversorgung) ... S 800.000,-
- d) Althausanierung S 200.000,-

Weiters wird stimmenmehrheitlich (4 Gegenstimmen: Fraktion SPÖ und Parteifreie sowie GV Dr. Edgar DÜNGLER) beschlossen, für die Bedeckung des Haushaltes vorerst nur 4 Mio Schilling - je zur Hälfte bei der Raiffeisenbank Montafon und bei der Sparkasse der Stadt Bludenz - aufzunehmen.

zu 4)

Der Vorsitzende berichtet, daß die Raiffeisenbank Montafon den Wohntrakt des Lagerhauses im Grüt zu einem wertgesicherten, monatlichen Pachtzins von S 11.800,- für die Musikschule Montafon zur Verfügung stellt. Wie ein Lokalausweis ergab, entspricht das Gebäude den gestellten Anforderungen bestens. Bis zur Inbetriebnahme mit Anfang des Schuljahres 1987/88 werden noch einige Adaptierungsarbeiten durchgeführt werden. Positiv wird auch die in ausreichender Anzahl in der Nähe des Gebäudes zur Verfügung stehenden Parkplätze erwähnt.

GV DDr. Heiner BERTLE ist über diese Entwicklung froh, welche eine befriedigende Lösung des Musikschulproblems bietet.

Die Fraktion SPÖ und Parteifreie hat unter anderem wegen des unmittelbar beim Lagerhaus Grüt befindlichen Bahnüberganges, welcher von den Schülern benutzt werden muß, Bedenken gegen diese Lösung und spricht sich für die Integrierung der Musikschule in einen Neubau für den Polytechnischen Lehrgang als die längerfristige Lösung aus.

Abschließend wird über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses stimmenmehrheitlich (3 Gegenstimmen der Fraktion SPÖ und Parteifreie) beschlossen, den Wohntrakt des Lagerhauses Grüt von der Raiffeisenbank Montafon in Schruns für die Unterbringung der Musikschule Montafon zum Preis von monatlich S 11.800,- anzumieten, sofern sich auch die übrigen musikschulbeschickenden Gemeinden bereiterklären mitzumachen und die auf sie entfallenden Kosten zu übernehmen.

zu 5 - 9)

über Antrag von GV Mag. Siegfried NEYER wird stimmenmehrheitlich (8 Gegenstimmen) beschlossen, diese Tagesordnungspunkte infolge der vorgerückten Stunde zu vertagen.

Ende der Sitzung: 24.00 Uhr

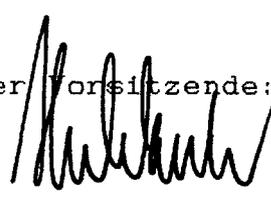
Schruns, 20. Jänner 1987

Der Schriftführer:



(Meldeamtsleiter)

Der Vorsitzende:



(Bürgermeister)